

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates**  
**am 14.06.2023**

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Mitglieder

Herr Jörg Beyer

Frau Meret Karenfort

Herr Dr. Timothy McCall

Herr Klaus Meyer

anwesend bis 19:30 Uhr

Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst

Frau Angela Rehorst

anwesend ab 17:10 Uhr  
(Vorsitz)

Herr Dr. Michael Schem

Herr Kai Schwartz

Herr Ulrich Tepper

anwesend bis 19:35 Uhr

Herr Bernd Upmeier zu Belzen

anwesend bis 19:35 Uhr

Frau Bettina Willner

Stellvertretende Mitglieder

Herr Dirk Artschwager

Herr Pablo Bieder

Frau Tina Eggert

Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Frau Karin Upmeyer

Verwaltung

Frau Tanja Möller

Frau Birgit Reher

Schriftführung

Frau Franziska John

## Zu Punkt

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden.  
Herr Dr. Schem stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung fest.

Er heißt Herrn Meyer als neues Mitglied im Bereich der Fachexpert\*innen herzlich Willkommen und gibt zur Kenntnis, dass Herr Meyer die Verpflichtungserklärung unterzeichnet hat.

Kenntnisnahme

-.-.-

## Zu Punkt 1

### Genehmigung der Niederschrift über die 14.Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 29.03.2023

Ohne weitere Absprache ergeht folgender

#### Beschluss:

**Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates vom 14.06.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 2

### Abschlussbericht zum Projekt "3 Monate ohne Auto"

Die Präsentation der Uni Bielefeld zur Evaluation des Projektes „3 Monate ohne Auto“ ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Dr. Schem erläutert nochmals das Konzept von „3 Monate ohne Auto“ und geht dabei auf die Rückfrage von Herrn Meyer zu Stieghorst ein, wieso die Auszahlung der Zuschussmittel nicht nach der Befragung zur Teilnahme stattgefunden habe, um eine hohe Rücklaufquote zu erzielen.

Herr Dr. Schem erklärt, dass die Mittel für die Mobilität ohne Auto im Projektzeitraum vorgesehen waren, die Umfrage hingegen sei freiwillig gewesen. In der Soziologie seien Umfragen mit einer Rücklaufquote von 50 % jedoch gut. Bei einem nachfolgenden Projekt könnte eine Verpflichtung zur Teilnahme an einer Umfrage aber angedacht werden.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass bei den weiteren Förderungen eine Verpflichtung zur Teilnahme an einer Evaluation aufgenommen wurden.

Herr Artschwager fragt nach, ob Herr McCall ein persönliches Resümee zur Evaluation geben könne und was er für zukünftige Projekte vorschlagen würde.

Herr McCall erklärt, es sei das Ziel des Projektes gewesen, eine Alterna-

tive zum Auto zu finden.

Statistisch gesehen und aus wissenschaftlicher Perspektive betrachtet, könnte er dies nicht belegen, da die Anzahl der Teilnehmenden an den Befragungen zu klein gewesen sei. Außerdem fiel das 9 Euro Ticket mit in die Interventionszeit, was zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV geführt haben könnte.

Letztendlich sei das Projekt aber erfolgreich gewesen. Eine Empfehlung für ein ähnliches Projekt wäre, die Zuschusssumme zu verringern und somit eventuell die Teilnehmerzahl zu erhöhen. Außerdem wäre es ratsam, die Fokusgruppe zu überdenken. Viele Teilnehmer\*innen von „3 Monate ohne Auto“ hätten ein relativ hohes Bildungsniveau und seien schon vorher viel mit dem Rad unterwegs gewesen. Für die Zukunft würde er vorschlagen aktiv andere Zielgruppen zu gewinnen.

Herr Schwarz merkt an, dass die öffentliche Wahrnehmung durchweg, auch überregional, positiv gewesen sei. Dies wäre durchaus spannend für eine Evaluation, da die Effekte des Projektes eventuell in der Außenwirkung sogar noch größer seien als bei den Teilnehmer\*innen selber.

Herr Dr. Schem stimmt Herrn Schwarz zu. Das Projekt hätte dazu ange-regt, die Schwelle des Auto Abgebens, zu überwinden und somit das Mobilitätsverhalten zu verändern.

Die öffentliche Aufmerksamkeit wäre groß gewesen, es hätte zu dem Projekt einen Bericht des Magazins „Monitor“ gegeben. Bielefeld hätte sich dementsprechend zum Thema Verkehrswende positiv positioniert.

Das Thema der Verkehrswende würde, auch mit dem neuen Antrag zur Förderung „Klimafreundliche Mobilität“, weiter vorangebracht.

Herr Dr. Schem bedankt sich für die rege Diskussion.

Kenntnisnahme

-.-.-

### Zu Punkt 3

#### **Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes im Sektor Landwirtschaft**

Herr Dr. Schem begrüßt Frau Labonte von der Landwirtschaftskammer NRW.

Die Präsentation von Frau Labonte ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Frau Willner fragt nach, ob Frau Labonte benennen könne, wie viel Prozent der Tierfuttermittel nach Deutschland importiert würden.

Frau Labonte erläutert, dass dies schwer zu beziffern sei, da das Futter meistens als „Mischfutter“ deklariert werde. Die Zusammensetzung dieses Futters käme aus mehreren Ländern. Sie würde keine Datengrundlage kennen, die das näher beziffern würde.

Eine gute Datengrundlage gäbe es hingegen u.a. für die Tierbestände inkl. des Standortes, sowie der Haltung und Vitalität der Tiere. Was das Tier jedoch übers Jahr gesehen frisst, wäre in der Datenscharfe nicht erfasst. Das Thünen Institut versuche diese Werte grob zu errechnen, jedoch sei dies ein „Deutschlandwert“ und somit könnte natürlich auch

kein Futterwert für Bielefeld vorliegen ([Thünen: Startseite \(thuenen.de\)](https://www.thuenen.de)). Die Bilanzierung des Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft würde höchstens für die Bundesländer vorgenommen. Dies würde es schwieriger machen, politische Ziele zu formulieren, da der Verlagerungseffekt enorm hoch sei.

Herr Tepper fragt nach einem Beispiel mit ähnlicher Klimaschutz Gesetzgebung wie in NRW.

Frau Labonte gibt zur Kenntnis, dass nicht jedes Bundesland ein Klimaschutzgesetz hätte, jedoch wäre jedes Land dazu verpflichtet ihre eigene Bilanz nach der vorgegebenen Formel des Thünen Institutes zu errechnen. Die Landwirtschaftskammer sehe es jedoch kritisch, besonders, weil in absoluten Zahlen gemessen würde.

Frau Labonte merkt an, dass dies eine schwierige Diskussion sei. Die Landwirtschaft hätte verschiedene Schutzgüter, welche betrachtet müssten. Das beziehe sich nicht nur auf Klimaschutz, sondern auch auf Wasserschutz, Naturschutz, Vogelschutz und weitere Schutzgüter. Für alle gibt es Vorgaben, die eingehalten werden sollten. Die Emissionen auf null zu reduzieren sei nicht möglich, denn ernähren müssten die Menschen sich weiterhin.

Frau Willner bestätigt dieses und erwidert, dass die Art der Landwirtschaft für die Klimabilanz eine Rolle spiele und diese für die Tierhaltung deutlich höher ausfalle, wenn Futterimporte- & Fleischexporte dazugechnet würden. Dieses sollte deutlicher dargestellt werden.

Kenntnisnahme

---

#### Zu Punkt 4

#### **Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 18.04.2023, 16.05.2023**

Herr Dr. Schem berichtet über die Beschlüsse des AfUK vom 18.04.2023. Er gibt zur Kenntnis, dass die Förderung „Klimafreundliche Mobilität“ in erster Lesung behandelt worden sei, da es einige Bedenken zum Beschlussvorschlag gab. In zweiter Lesung am 16.05.2023 hätten dann Fragen u.a. zu den vorgesehenen förderfähigen Fahrzeugen geklärt werden können. Beschlossen sei die Förderung jedoch noch nicht.

Des Weiteren wurde über den Ersatz von Plastiktüten diskutiert. Herr Dr. Schem hätte sich kritisch zur Ökobilanz von Papiertüten geäußert. Der AfUK bittet den BKB, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Frau Willner berichtet über die Sitzung vom 16.05.2023.

Sie gibt zur Kenntnis, dass die Förderung zur Anmietung von Spülmobilen für öffentliche Veranstaltungen verabschiedet worden sei.

Die Beschlüsse zum Verbot von Heizstrahlern im öffentlichen Raum und der Mehrwegpflicht auf öffentlichen Veranstaltungen seien positiv wahrgenommen worden. Die Verwaltung sei beauftragt worden, über die Möglichkeiten einer Umsetzung beider Beschlüsse zu informieren.

Frau Möller berichtet über eine Anfrage der CDU zum Personal- und Kostenaufwand für den BKB. Weitere Informationen seien im Ratsinformati-

onssystem einsehbar.

Kenntnisnahme

-.-.-

## Zu Punkt 5 Mitteilungen

Herr Dr. Schem berichtet von einer Anfrage des VDI OWL (Verband Deutscher Ingenieure OWL). Dieser hätte Nachhaltigkeit als aktuelles Fokusthema und fragt an, ob der BKB sich an der Durchführung eines Ideen- Wettbewerbs zum Thema „Umsatzsteigerung bei gleichzeitiger Verkehrsberuhigung“ beteiligen wolle.

Herr Dr. Schem schlägt vor, hierfür eine Kleingruppe mit dem Handelsverband und weiteren Akteuren zu bilden.

Des weiteren teilt Herr Dr. Schem mit, dass das internationale Beratergremium IPCC seinen sechsten Sachstandsbericht zum globalen Klimawandel veröffentlicht hätte.

([https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_AR6-SYR.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf)) Er verliest hieraus: „Die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen, werden sich jetzt und für tausende von Jahren auswirken“. Dieses Zitat bekräftige noch einmal, dass jetzt die Zeit wäre, etwas zu verändern.

Frau Reher teilt mit, dass die Verwaltung noch keinen konkreten Termin zur Fahrt mit der Klimabahn abstimmen konnte, voraussichtlich werde der Termin im Herbst stattfinden.

Des Weiteren berichtet sie über den aktuellen Stand von „Klimaneutral 2030“:

- Die Fokusgruppen in den Quartieren seien erfolgreich durchgeführt worden. Die Ideen und Vorschläge werden nun in die Auswertung der Bürger\*innenbeteiligung eingearbeitet. Die Beteiligten haben Interesse an einer weiteren Einbindung in den Prozess geäußert.
- Im Mai sei eine Bildungswerkstatt in Kooperation mit dem Bildungsbüro zur Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt worden und bei dem zweiten Schulklimagipfel am 12.6.2023 wurden die Themen nochmals aufgegriffen und mit den Schüler\*innen ab Klasse 7 diskutiert.

Im September seien Aktionswochen zur Nachhaltigkeit mit vielen Aktionen der Stadtverwaltung, sowie von Initiativen und Organisationen aus Bielefeld geplant. Der Fokus der Veranstaltungen liege auf der lokalen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass der Tag der Immobilie dieses Jahr am 31.08.2023 im technischen Rathaus stattfinden wird, zusammen mit Bauberatung, Wohnberatung, Verbraucherzentrale, Haus und Grund und der Polizei. Themen der begleitenden Vorträge seien unter anderem Gebäudesanierung und PV.

Ebenfalls am 31.8.2023 würde eine OWL- weite Informationsveranstaltung zum Thema Wasserstoff in Gütersloh in der Stadthalle stattfinden.

Zudem sei die aktuelle „ÖKOPROFIT“ Runde abgeschlossen worden. Eine neue Runde würde bald starten. Frau Reher erläutert, dass „ÖKO-PROFIT“ ein Projekt sei, welches Unternehmen im Netzwerk zu den Themen Klimaschutz, Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit beraten und begleiten würde.

Kenntnisnahme

---

**Zu Punkt 6**      **Anfragen**

---

**Zu Punkt 7**      **Anträge**

**Zu Punkt 7.1**      **Zuschuss zum Klima- und Umweltbildungszentrum Hof Ramsbrock**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5754/2020-2025

Herr Dr. Schem gibt zur Kenntnis, dass dieser Beschluss nun in 2. Lesung behandelt würde, ergänzende Unterlagen wären übersandt worden.

Herr Meier zu Stieghorst würde den Antrag nach wie vor ablehnen. Nach seiner Meinung wäre der BKB nicht die richtige Anlaufstelle.

Herr Niemeyer- Lüllwitz weist noch einmal auf die Diskussion der 1. Lesung hin, bei der es um die Konkretisierung des Antrages ging. Er fragt nach der Bildung der beschlossenen Kleingruppe.

Herr McCall erklärt, dass diese nie stattgefunden hätte, da Frau Chobrak erkrankt wäre.

Herr Artschwager sieht auf der einen Seite den Antrag auf einen Betriebszuschuss nicht als Angelegenheit des BKB. Auf der anderen Seite sei Bildungsarbeit von Kindern und Jugendlichen unterstützenswert und damit förderungswürdig. Allerdings sei dieser Antrag immer noch nicht konkret genug. Er wäre jedoch dazu bereit, in einer geringeren Größenordnung und einer klaren Fokussierung auf „Umwelt“ dem Antrag stattzugeben.

Herr Dr. Schem äußert, dass er sich diese Konkretisierung vom Antragsteller gewünscht hätte. Insofern würde er den Antrag ablehnen.

Herr Niemeyer- Lüllwitz merkt an, dass diese Aspekte schon in der letzten Sitzung behandelt worden seien und das Frau Chobrak ihn um Hilfe hätte bitten können zur Aufstellung eines Finanzplans.

Die Bildung der Kleingruppe wäre außerdem nicht zustande gekommen.

Im Großen und Ganzen wäre, seiner Meinung nach, der Antrag abzulehnen.

Frau Willner stimmt zu, dass der Antrag noch immer nicht ausreichend konkretisiert sei, weist jedoch nochmals auf die Erkrankung von Frau Chobrak hin, die hier zu berücksichtigen wäre. Sie schließt sich dem Kompromissvorschlag von Herrn Artschwager an, sich auf eine geringere Summe zu einigen, da Klima-Bildungsarbeit grundsätzlich unterstützenswert sei.

Herr McCall findet die Idee von Herrn Artschwager unterstützenswert. Man könne unter Vorbehalt eine geringere Förderzusage geben unter der Bedingung der Vorlage weiterer konkreter Informationen. Aktuell ginge es bei dem Antrag um Umweltbildung, das Thema Klima wäre untergeordnet.

Frau Rehorst zeigt zwei Möglichkeiten zum Umgang mit dem Antrag auf. Man könne den Antrag nochmals vertagen und einen Finanzplan anfordern oder der Antrag würde abgelehnt und ein neuer müsste gestellt werden.

Frau Möller informiert, dass der Antrag für 2023 gestellt worden sei, um eine Lücke in den Personalkosten zu schließen. Ein weiterer Antrag käme zu spät und würde keine Hilfe leisten. Sie empfiehlt den Antrag heute zu beraten.

Herr Dr. Schem stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Antrag des Hof Ramsbrock auf Zuschuss zur Konzeption und Entwicklung von Klimabildungsveranstaltungen für Kindergärten und Schulklassen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt -

---

**Zu Punkt 7.2**

**Klimagesunde Kita- und Schulverpflegung in städtischen Einrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6252/2020-2025

Herr Dr. Schem verliest den Antrag.

Herr Upmeyer zu Belzen spricht sich grundsätzlich für die Verbindung von Klimaschutz mit Ernährungsaspekten aus. Die Empfehlung der DGE (Deutschen Gesellschaft für Ernährung), den Fleischkonsum von 300 Gramm pro Tag auf 10 Gramm zu verringern, halte er jedoch für kritisch, denn das betreffe auch die Landwirtschaft. Darum sei dies kein reiner Ernährungsaspekt, sondern beinhalte deutlich mehr. Somit stimme er

diesem Antrag nicht zu.

Herr Dr. Schem stellt den Antrag zur Abstimmung.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Klimabeirat empfiehlt dem AfUK, die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung der aktuellen Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in der Bielefelder Kita- und Schulverpflegung in städtischen Einrichtungen zu überprüfen und auf deren verbindliche Verankerung und Umsetzung hinzuwirken. Die DGE hat ihre Qualitätsstandards 2020 unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse komplett überarbeitet, wobei insbesondere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte nunmehr verstärkt Berücksichtigung finden.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

---

**Zu Punkt 7.3**

**Partizipative Quartiersarbeit zum Thema Umwelt-, Klimaschutz, Nachhaltigkeit & Gesundheit**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6267/2020-2025

Frau Reher erläutert, dass dies ein komplexes Projekt sei, welches in der Vorbereitung, Umsetzung sowie in der Evaluation viele personellen Kapazitäten binden würde, die zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Sie empfiehlt den angesetzten Betrag von 5.000 Euro deutlich zu erhöhen, sowohl für Personal als auch für die externe Moderation. Das Projekt an sich sei gut, in der Umsetzung so jedoch durch die Verwaltung nicht machbar.

Herr McCall erklärt, dass die Universität das Projekt durchführen würde. Die Evaluation sollte genauso vorgenommen werden, wie bei „3 Monate ohne Auto“.

Frau Reher erklärt, der Antrag müsste dann neu formuliert werden, da in der vorliegenden Form ausdrücklich die Verwaltung beauftragt wird.

Frau Möller erläutert, dass die Vorlagen aufgrund vorangegangener Vorlagen mittlerweile öfter mit dem Wortlaut „...die Verwaltung mit einem Projekt zu beauftragen“ formuliert würden. In diesem Fall hätte jedoch die Universität ein Interesse an einer Durchführung eines solchen Projektes und könnte deshalb ein bestimmtes Budget aus dem Klimabeirat anfragen.

Frau Reher schlägt vor, das Projekt noch einmal intensiv zu besprechen. Unter anderem würden von der Verwaltung Projekte zu Multiplikatoren-Schulungen in den Quartieren geplant, sodass berücksichtigt werden müsste, dass diese sich ergänzen.

Herr McCall findet den Vorschlag gut, äußert sich allerdings kritisch gegenüber der Verbindung zu weiteren Multiplikatorenschulungen, da dies eher als ein explizit kleineres Pilotprojekt umgesetzt und evaluiert werden sollte.

Frau Möller schlägt vor, den Antrag in 1. Lesung zu behandeln und für die nächste Sitzung im August zu konkretisieren.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Antrag „Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem AfUK, die Verwaltung zu beauftragen, ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt auf den Weg zu bringen, dass das Thema Umwelt-/ Klimaschutz, Nachhaltigkeit & Gesundheit im Rahmen partizipativer Qualitätsentwicklung im Quartier eruiert. Es bieten sich Kooperationspartnerschaften und Beratung aus dem Bielefelder Klimabeirat an“ wird zurückgestellt.**

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 8**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Reher teilt mit, dass im Rahmen des Projektes Biostadt Bielefeld unterschiedliche Aktionen stattgefunden hätten, unter anderem Radtouren im Rahmen von Stadtradeln zu zwei Biohöfen.

Kenntnisnahme

---

**Zu Punkt 9**

**Ausblick auf die nächste Sitzung des Bielefelder Klimabeirates**

keine

---

---

Dr. Michael Schem

---

Franziska John